

Anzeiger für den Kreis Pleß

Bezugspreis: Frei ins Haus durch Boten monatlich 2,50 Floty. Der Anzeiger für den Kreis Pleß erscheint Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. Geschäftsstelle: Pleß, ul. Piastowska 1

**Nikolaier Anzeiger
Plesser Stadtblatt**

Anzeigenpreis: Die 8-gespaltene mm-Zeile für Polen 15 Gr. die 3-gespaltene mm-Zeile im Reklameteil für Poln.-Oberchl. 60 Gr., für Polen 80 Gr. Telegramm-Adresse: „Anzeiger“ Pleß. Postsparkassen-Konto 302 622. Fernruf Pleß Nr. 52

Nr. 133

Freitag, den 6. November 1931

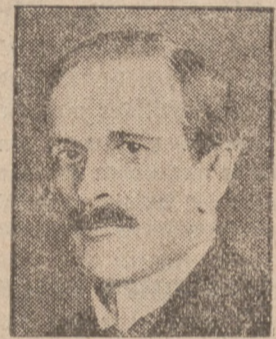
80. Jahrgang

Prystor bei Switalski

Die Vertagung des Sejms beschlossen — Vor der Lesung des Budgets

Warschau. Während der gestrigen Sejmigung hatte der Ministerpräsident Prystor mit den Marschällen von Sejm und Senat eine längere Unterredung, in welcher der Beschluß gefaßt wurde, am Sonnabend das Budget in erster Lesung vom Sejm annehmen zu lassen, um dann beide Kammern auf unbestimmte Zeit zu vertagen. Es handelt sich vorerst wieder um Gerüchte, die indessen in Kreisen des Regierungsklares als wahrscheinlich bezeichnet werden. Die Vertagung dürfte höchstens 30 Tage nach der Verfassung betragen können, man hat die Absicht, die Kommission für Haushaltsfragen weiter tagen zu lassen. Am Freitag soll die Diskussion über das Budget beginnen, wahrscheinlich wird auch hierzu der Ministerpräsident das Wort ergreifen, um eine allgemeine Uebersicht über die Lage Polens zu geben.

Die gestrige Sitzung des Sejms verlief automatisch, ohne daß den Gesetzesprojekten größere Aufmerksamkeit geschenkt wurde. In der Tagesordnung stand eine Vorlage bezüglich eines Parzellenaustausches zwischen Staat und der Vereinigten Königs- und Laurahütte im Rybniker Gebiet. Die Vorlage wurde kritiklos angenommen, obgleich der Abg. Roguszczyk sich dagegen wandte und auf die Schäden hinwies, die der Allgemeinheit entstehen. Das Regierungslager nahm die Vorlage an. Weiter beschäftigte sich der Sejm mit Tantiemen der Minister, die diese neben ihren Vemtern aus verschiedenen Gesellschaften beziehen sollte. Die Anträge der Opposition sind abgewiesen worden, worauf sich der Sejm auf Freitag 10½ Uhr vertagt.



Englischer Politiker fordert Neuregelung der Korridorfrage

Löder-Lamson, der bekannte konservative Abgeordnete und frühere Unterstaatssekretär im Auswärtigen Amt, der im Kriege in einer polnischen Truppe gekämpft hatte, hat jetzt eine Erklärung veröffentlicht, in der er die Neuregelung der Korridorfrage als unbedingt notwendig bezeichnet. Löder-Lamson rät Polen zur Mäßigung und wendet sich gleichzeitig gegen ein starres Festhalten an den Reparationsforderungen.

Pariser Konferenz im Januar

Das Ergebnis der Besprechung Labals und Hoersch — Kein Entgegenkommen an Deutschland

Paris. Der „Intransigent“ glaubt heute schon versichern zu können, daß im Januar in Paris eine Konferenz der Gläubigermächte u. Deutschlands stattfinden werde. Das Gerücht von einer Dezember-Tagung in Biarritz sei aus der Luft gegriffen.

Der „Temps“ führt aus, daß sich Hoersch bei Labal in diesem Augenblick logischerweise nur über die Ergebnisse der Washingtoner Besprechungen und ihre praktischen Folgerungen unterrichten konnte. Durch den Bericht ihres Botschafters sei die Reichsregierung nunmehr über die Auslegung des Washingtoner Kommuniqués bezüglich der Reparationsfrage vollkommen unterrichtet. Frankreich, so führt der „Temps“ aus, sei nicht bereit, die Grundzüge des Youngplanes und sein Recht auf Reparationen zu opfern. Es erkenne jedoch an, daß mit Rücksicht auf die Schwierigkeiten, in denen sich das Reich befinde, eine Neuregelung notwendig erscheine.

Diese Regelung müsse jedoch auf dem im Youngplan vorgesehenen Wege erfolgen und im Einklang mit allen übrigen interessierten Mächten vorgenommen werden.

In diesem Falle bleibe es also Deutschland überlassen, die Einberufung des VZ-Ausschusses zur Prüfung seiner Lage anzuregen. Ob auf Grund des Sachverständigenurteils eine Konferenz der interessierten Mächte einberufen werden müsse, sei zu erwägen. Frankreich werde niemals zulassen, daß die Reparationen den augenblicklichen finanziellen Interessen Deutschlands endgültig und unwiderruflich geopfert würden. Wenn man von den augenblicklichen Verhandlungen glückliche Ergebnisse erwarten wolle, so müsse die Reichsregierung einen anderen Geist zeigen, als er augenblicklich in einer gewissen deutschen Presse jutage trete.

Der Brester Prozeß

Zeugen, die sich nicht erinnern können.

Warschau. In den Mittwochsverhandlungen wurde die Vernehmung der Zeugen fortgesetzt, die besonders den Abgeordneten Sawicki belasten sollten. Die angeblichen staatsfeindlichen Handlungen sollen im Bialystoker Gebiet bezogen sein. Zivil und Polizei marschieren auf, um zu beweisen, daß sie sich auf Einzelheiten nicht erinnern können, wobei gerade seitens der Polizeizeugen bestätigt wird, daß die Koden Sawickis angeblich „staatsfeindlich“ waren und zum „Sturz“ der Regierung führen sollten. Konkrete Beweise sind auch diesmal nicht zu erbringen, es sind Aussagen, die man gehört haben will und Volksmeinungen. Auch hier spielt wieder die Verweigerung der Steuerzahlung an diese Regierung, weil sie angeblich Millionen für Wahlzwecke verschwendet habe eine Rolle. Die Vernehmungen ziehen sich endlos fort, wobei es zu Zwischenfällen bezüglich der Art der Vernehmung der Zeugen in der Vorunternehmung kommt. Ein positives Ergebnis zur Klärung der Schuldfrage gegen Sawicki ist an der Mittwochsverhandlung nicht erfolgt. Die Verhandlung ist dann in frühen Nachmittagsstunden auf Donnerstag vertagt worden.

Der deutsche Plan für die Erwerbslosenfriedlung

Berlin. Wie die „Vossische Zeitung“ erfährt, werden voraussichtlich am 10. November die allgemeinen Richtlinien des Reichskommissars Saassen für die Erwerbslosenfriedlung veröffentlicht werden. Vorgesehen ist ein 6-Monatsplan, für dessen Durchführung monatlich 8 Millionen RM vom Reichsfinanzministerium zur Verfügung gestellt werden. Das Halbjahresprogramm rechnet etwa mit der Schaffung von 20 000 Siedlerstellen und 30 000 Kleingärten.

Einfuhrmonopol in Estland?

Reval. Die estländische Regierung hat dem Finanzanschuß des Parlaments einen Gesetzentwurf vorgelegt, der der Regierung das Recht gibt, die gesamte Handelseinfuhr Estlands zu monopolisieren. Die Regierung kann das Monopol selbst ausüben oder seine Ausführung einzelnen Firmen übertragen. Vorläufig soll das Monopol auf folgende Warengattungen angewandt werden: Getreide und Mehl, Zuder, Petroleum, Benzin, Benzol, Gafolin und deren Gemische, Naphtha, Steinkohle, Koks, Salz und Heringe. Das Monopolgesetz wird mit der Notwendigkeit, die Einfuhr zu verringern, begründet. Die Annahme des Gesetzes durch das estländische Parlament wird für Donnerstag erwartet.

Demokratische Mehrheit im amerikanischen Abgeordnetenhaus

Berlin. Das Kräfteverhältnis im Abgeordnetenhaus ist nach einer Meldung Berliner Blätter aus Washington durch die Nachwahlen, die am Dienstag stattfanden, nunmehr zugunsten der Demokraten entschieden worden. Sie konnten nach den bisher bekanntgewordenen Ergebnissen den Republikanern ihren seit 30 Jahren erfolgreich verteidigten 8. Bezirk von Michigan entreißen und außerdem noch die Bezirke Brooklyn und Cleveland erobern. Die Republikaner ihrerseits festgen im Bezirk Cincinnati. Demnach stellt sich die Zahl der Demokraten im neuen Hause auf 217, die der Republikaner auf 215 und die der Farmer-Labor-Partei auf 1.

Der Fehlbetrag im amerikanischen Haushalt

New York. Nach Ausweis des Schatzamtes beläuft sich der Fehlbetrag für die ersten vier Monate des laufenden Haushaltsjahres auf 674 575 960 Dollar. Schatzsekretär Mellon hat seine neuen Steuervorschläge auf einem voraussichtlichen Jahresfehlbetrag von 2500 Millionen Dollar aufgebaut und wird sie in Kürze dem Präsidenten Hoover vorlegen.

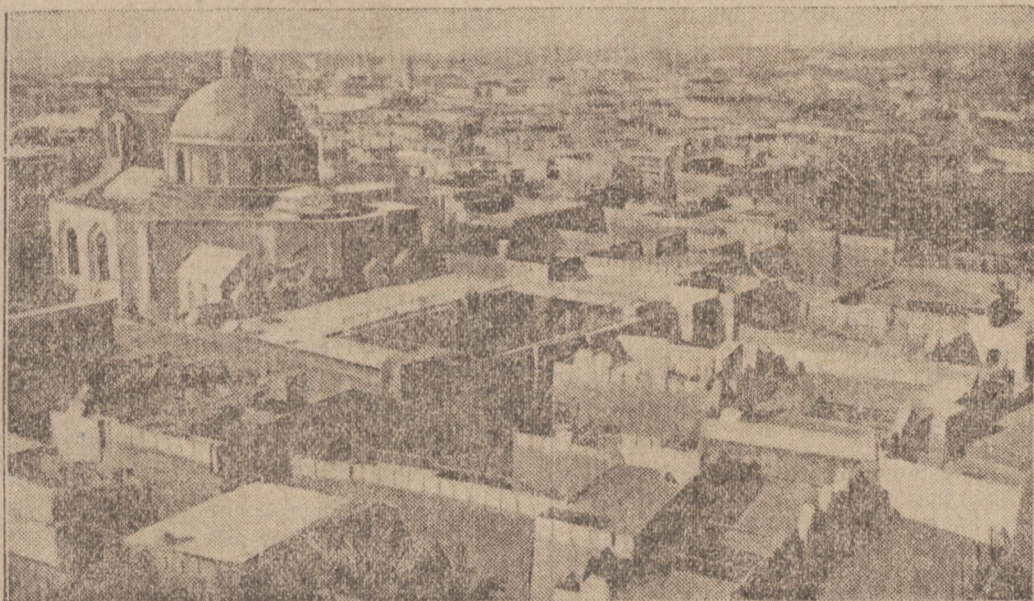
Bialatow in Berlin

Berlin. Der stellvertretende Vorsitzende des obersten Volkswirtschaftsrates der Sowjetunion, Bialatow, der auch für die Vergebung der Sowjetbestellungen in Deutschland verantwortlich ist, ist in Berlin eingetroffen, um sich über die Fragen des deutschen Rußlandgeschäftes zu unterrichten.

Unruhen in Kaschmir

16 Mohammedaner und Hindus getölet. — Englisches Militär rückt ein.

London. Ein englisches Schützenbataillon ist in Kaschmir eingerückt, um die Behörden bei der Aufrechterhaltung der Ordnung zu unterstützen. Weitere Truppen sind im Anmarsch. Bei Unruhen in der Hauptstadt Srinagar wurden acht Mohammedaner und acht Hindus getölet, viele Häuser geplündert und niedergebrannt.



Die Hauptstadt eines neuen Staates

Wird auf Bagdad, die Hauptstadt vom Irak.

Das arabische Königreich Irak, bisher unter dem Protektorat des Völkerbundes als Mandatsgebiet verwaltet, soll demnächst zu einem selbständigen Staat erklärt und als gleichberechtigtes Mitglied in den Völkerbund aufgenommen werden.

